

Einflußmöglichkeiten des DGB und der Einzelgewerkschaften auf Kreisebene auf die Regional- und Raumordnungspolitik, dargestellt am Beispiel des DGB-Kreises Dortmund *)

1. Gewerkschaftliche Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung auf kommunaler Ebene

Wichtigste politische und Verwaltungsebene innerhalb der DGB-Kreise sind die Kommunen. Sie besitzen in Ausübung ihrer Selbstverwaltungshoheit einen maßgeblichen Einfluß¹⁾ auf die Gestaltung der unmittelbaren Lebensverhältnisse ihrer Einwohner; dieser Einfluß setzt sich durch unter anderem über die Steuerung der räumlichen Verteilung und Zuordnung von Arbeitsplätzen, Wohnungen, öffentlichen und privaten Einrichtungen der Ver- und Entsorgung, Frei- und Erholungsflächen usw.

Die wichtigsten Instrumente in diesem Steuerungsprozeß liegen in den traditionellen Bauleitplänen (Flächennutzungs- und Bebauungsplan) und in den Stadtentwicklungsplänen; das Standortprogramm²⁾ z. B. verbindet, typisch für einen Entwicklungsplan, die Festsetzung der räumlichen Ordnung mit mittel- und langfristigen Struktur-

*) Zu diesem Beitrag verweisen wir besonders auf Heft 1/75 dieser Zeitschrift (Schwerpunkt: Regionale Strukturpolitik). D. Red.

1) Über die Verlagerung faktischer und rechtlicher Entscheidungsgewalt in der Regionalpolitik. Vgl.: Emenlauer, Grymer u. a., Die Kommune in der Staatsorganisation, Frankfurt 1974.

2) Das Standortprogramm ist künftig Bedingung für die Vergabe zweckgebundener Mittel durch das Land an die Kommune in NRW. Im Standortprogramm werden die städtischen Gebiete gekennzeichnet, die vorrangig zu entwickeln sind: hauptsächlich die Bereiche um die S-Bahn- und Stadtbahn-Haltepunkte im Kilometerradius. Vgl. Vorläufige Richtlinien für die Aufstellung von Standortprogrammen des Innenministers von NRW vom 14. 6. 1971.

und Finanzplanungen. Mit den Ergebnissen dieser Planungen werden die Arbeitnehmer sowohl im Betrieb wie im außerbetrieblichen Bereich unmittelbar konfrontiert.

Die Kreisverwaltungen des DGB sind die Ebenen in der Gewerkschaftsorganisation, die traditionelle Gesprächs- und Verhandlungspartner der Kommunalverwaltungen und -Parlamente darstellen. Ihnen kommt die Aufgabe zu, die Interessen der in der Kommune ansässigen Gewerkschaftsmitglieder zusammenfassend gegenüber Rat und Verwaltung wahrzunehmen. Bedürfen sie dazu eigener Zielvorstellungen? Zweifellos handelt es sich bei Bauleit-, Struktur- und Finanzplanung um politische Fragen. Die Gewerkschaften sind gezwungen, dem Charakter dieser Programme und Pläne entsprechende Konzepte aufzustellen, wenn man von drei Grundvoraussetzungen ausgeht:

— die bisherigen Gewerkschaftsbeschlüsse über Notwendigkeit und Ziele gewerkschaftlichen Engagements in der Regionalpolitik⁸⁾ sind für die konkreten Probleme in der Kommunalpolitik ebensowenig handhabbar, wie etwa die Ziele im Raumordnungsgesetz für die Entwicklung kommunalpolitischer Leitvorstellungen;

— die traditionelle Zusammenarbeit mit der SPD garantiert auch in der Kommunalpolitik weder inhaltlich noch organisatorisch die konsequente Vertretung und Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen⁴⁾. Statt dessen ist das Ausgehen von Klasseninteressen in Fragen der räumlichen Entwicklung, in klarer Abgrenzung zu Kapitalinteressen, aus der unmittelbaren Lebenssituation der Gewerkschaftsmitglieder dringend notwendig, um eine klare Operationsbasis⁵⁾ gegenüber den kommunalen Entscheidungsträgern (Verwaltung und Parlament) zu besitzen;

— die bisherige Beschränkung der Gewerkschaftspolitik auf den Produktionsbereich und die unmittelbar verwandten Probleme, wie Tarife und Berufsausbildung, muß endgültig ausgedehnt werden auf den gesamten Lebensbereich der Arbeitnehmer; es muß erkannt werden, daß sich das kapitalistische Abhängigkeitsverhältnis über die Arbeits- und Lohnsituation fortsetzt, daß Tariferhöhungen und Altersversorgung nicht Kindergärten, Schulen oder Altersheime (um spezifisch kommunale Aufgaben zu nennen) in der Zahl und vor allem an dem Ort, wo sie gebraucht werden, hervorbringen.

2. Ergebnisse von Interviews⁶⁾ zu Problemen der räumlichen Entwicklung in Dortmund

Thesenartig werden im folgenden die wesentlichen Ergebnisse aus den Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaften und anderen Personen, deren Arbeitsfeld für unsere Fragestellung von Interesse war, dargestellt. Dabei sollen nicht nur die tatsächlich vorhandenen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die Kommunalpolitik am Beispiel Dortmunds aufgezeigt werden; auch die Bedingungen und Perspektiven für eine

3) Vgl. G. Leminsky, B. Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 317—330.

4) Das grundsätzliche Verhältnis zur SPD hat G. Leminsky so gekennzeichnet: „Zwar werden die SPD und die Gewerkschaften in engem Zusammenhang gesehen; . . . Doch mußte sich die SPD von der Klassenpartei zur Volkspartei entwickeln . . . Das bedeutet keine totale Konfrontation, aber es zwingt die Gewerkschaften zur Erarbeitung eigener Konzepte und Strategien, an denen sie alle Parteien mißt.“ Leminsky/Otto, a. a. O., S. 40.

5) Die eine Aufhebung möglicher innergewerkschaftlicher Konflikte, etwa zwischen Erhaltung von Arbeitsplätzen und Umweltschutz, durch umfassende und vorausschauende Konzeptionen erlaubt.

6) Unsere Gesprächspartner waren die Herren:

— Neukirch	DGB-Kreisvorsitzender in Dortmund
— Claas	DGB-Kreisvorsitzender in Bochum
— Neumann	Vorsitzender des Bezirks Ruhr-Ost der IGBE
— Dietrich	Ortsvorsitzender der IGM in Dortmund
— Wendt	Ortsvorsitzender der ÖTV in Dortmund
— Hesse/Saul	Ortsgruppenvorsitzender/Bildungsobmann der IGBE in Dortmund-Huckarde
— Emmerich	Stellv. Leiter der Volkshochschule in Dortmund
— Lichte	Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sozialforschungsstelle in Dortmund

aktive, eigenständige Teilnahme der Gewerkschaften (als Träger der Belange der Arbeitnehmer bezüglich ihrer Arbeits- und Lebenssituation) an der Kommunalpolitik sind ansatzweise entwickelt, wobei häufig auf die Situation in Dortmund Bezug genommen wird.

Zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und staatlicher Planung auf kommunaler Ebene

Es können für die gewerkschaftlichen Organisationen auf DGB-Kreisebene⁷⁾ nur die Planungen von Interesse sein, die die räumlich-strukturelle Entwicklung innerhalb der Kreisgrenzen unmittelbar beeinflussen. Dies ist vor allem die kommunale Planung, die direkt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer einwirkt (z. B. durch die Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben, durch die Ausweitung und Erschließung von Flächen für den Wohnungsbau, durch die Versorgung der Bevölkerung mit Schulen, Kindergärten, Kinderspielflächen usw.) Zweifellos hat sich der kommunale Handlungsspielraum in den letzten Jahren zunehmend eingengt. Kommunale Planung ist zunehmend an die Ziele überörtlicher Planungen, vor allem der Landesplanung, gebunden und auf die Finanzierung ihrer Bauvorhaben durch Land und Bund angewiesen.

Dabei hat sich gezeigt, daß sich auch in der Kommunalpolitik die volle Widersprüchlichkeit staatlicher Regulierungsversuche niederschlägt⁸⁾, die meist zugunsten der Kapitalinteressen und gegen die Interessen der Arbeitnehmer ausfallen. Um ein Beispiel zu nennen: in der nördlichen Innenstadt Dortmunds, die fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt wird, mußte die einzige größere dort vorhandene Sportstätte, das Borussenstadion, einem Einkaufszentrum weichen. Dabei hat sich die Kommune über ihre eigenen Planfestsetzungen hinweggesetzt: laut Flächennutzungsplan war der Standort des Stadions als Sport- und Freizeifläche ausgewiesen. Nahezu über Nacht, ohne einen entsprechenden Änderungsbeschluß des Rates zum bestehenden Flächennutzungsplan, verschwand das Stadion, und in Rekordzeit wurde ein großes Einkaufszentrum an dieser Stelle errichtet. Eine wichtige Freizeiteinrichtung für die in der Nordstadt lebende Bevölkerung ging verloren, ohne daß den Betroffenen Möglichkeit gegeben war, sich dagegen zu wehren.

Deshalb können die Gewerkschaften nicht grundsätzlich auf die Interessenvertretung ihrer Mitglieder durch aktive, eigenständige Partizipation an der Kommunalpolitik verzichten. In unseren Gesprächen mit Gewerkschaftern im Raum Dortmund wurde diese Notwendigkeit oft abgetan oder zumindest abgeschwächt mit der Bemerkung, daß die enge personelle Verflechtung der Gewerkschaften mit den politischen Parteien (insbesondere mit der SPD) gerade im Rahmen der Kommunalpolitik keine gewerkschaftseigenen Initiativen aufkommen lasse oder nötig mache. Vielmehr könnten durch das gleichzeitige parteipolitische Engagement der meisten aktiven Gewerkschafter (40 vH der Ratsmitglieder der Stadt Dortmund sind in der IGM organisiert!) gewerkschaftliche Interessen direkt in die Parteipolitik einfließen. Diese strikte Trennung zwischen den Aufgaben von Gewerkschaft und Partei bewirkt, daß Gewerkschaftsvertreter

7) Dies sind für den Raum Dortmund insbesondere:

- Kreisvorstand des DGB
- Ortsvorstand der IGM mit 33 Stadtteilgruppen
- Ortsvorstand der IGBE mit 136 Ortsgruppen für den Raum Dortmund, Castrop-Rauxel und Liinen
- Ortsvorstand der ÖTV

8) Vgl. A. Evers, M. Lehmann, Politisch-Ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik, Offenbach 1972.

bei gleichzeitigem Engagement in der Kommunalpolitik sich im konkreten Fall eher der Partei als der Gewerkschaft verpflichtet fühlen.

Zur Partizipation an der Kommunalpolitik

Die Gewerkschaften sind also, wollen sie ihre Interessen in der Kommunalpolitik geltend machen, auf die Entwicklung eigener Zielvorstellungen, Handlungsalternativen und Durchsetzungsstrategien gegenüber der Kommune angewiesen.

Auf Bundes- und Landesebene sind ansatzweise Zielvorstellungen der Gewerkschaften zur Regional- und Strukturpolitik vorhanden⁹). Auf Kreisebene fanden wir in Dortmund eine Initiative der IGM zur Strukturpolitik¹⁰); außerdem erfuhren wir, daß die IGM sich vor einigen Jahren bei der Stadt Dortmund für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen eingesetzt hat. Es ließen sich sicher noch einige Aktionen der Einzelgewerkschaften oder des DGB zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen auffinden; aber gerade daraus wird ersichtlich, daß gewerkschaftliche Aktivität in der Kommunalpolitik nahezu ausschließlich in Verbindung mit der Arbeitsplatzfrage steht, eine Feststellung, die uns in allen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern bestätigt wurde.

Wenn also auch Zielvorstellungen auf Bundes- und Landesebene zur Regional- und Strukturpolitik vorhanden sind, die über die Arbeitsplatzfrage hinausgehen, so muß doch auf die erhebliche Diskrepanz zwischen den Zielsetzungen in diesen Entschließungen und deren Umsetzung in konkrete gewerkschaftliche Aktionen auf kommunaler Ebene hingewiesen werden.

Für eine Partizipation der Gewerkschaften an der Kommunalpolitik sind vor allem frühzeitige Informationen über Planungsvorhaben durch die Kommune notwendig.

Bisher ist es in das Belieben der Kommune gestellt, die Gewerkschaften überhaupt über Planungsvorhaben zu unterrichten und sie um Stellungnahmen zu bitten. Denn weder der DGB noch die Einzelgewerkschaften zählen zu den Trägern Öffentlicher Belange, die laut Bundesbaugesetz an der Aufstellung von Bauleitplänen zu beteiligen sind¹¹).

In Dortmund wird nur der DGB, nicht aber die Einzelgewerkschaften informiert und um Stellungnahme gebeten. Zudem ist der DGB-Kreisvorsitzende in einigen Ausschüssen vertreten. Nach eigenen Angaben kann er jedoch, bedingt durch die mangelhafte Personalausstattung und mangels ausreichender Detailkenntnis (kurz: durch totale Überlastung) kaum qualifiziert Stellung nehmen.

Demgegenüber kann das ansässige Kapital, insbesondere die Großkonzerne, durch die IHK, die zu den Trägern Öffentlicher Belange zählt, seine Ansprüche an die Bauleitplanung auf jeden Fall formulieren und oft auch durchsetzen. Ein Beispiel: der in Dortmund ansässige Stahlkonzern Estel/Hoesch hat sich ein Verkehrsgutachten erstel-

9) Siehe 4. Internationale Tagung der IGM: Aufgabe Zukunft — Qualität des Lebens; Zielvorstellungen der ÖTV zum Öffentlichen Personennahverkehr; Entschließungen der IGM vom 2. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IGM in Hannover zur Qualität des Lebens und zur Strukturpolitik.

10) Siehe Antrag der IGM-Ortsverwaltung in Dortmund an die Delegiertenkonferenz des DGB-Kreises Dortmund vom 11. 10. 1974, auszugsweise wegen seiner Aktualität zitiert: „ . . . beauftragt die Delegiertenkonferenz den Kreisvorstand, geeignete Schritte bei der Stadt Dortmund sowie über den Landesvorstand NRW des DGB bei der Landesregierung zu unternehmen, damit im Wirtschaftsraum Dortmund neue, krisenfesten Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.“

11) Dies sollte Anlaß geben, beim DGB-Bundesvorstand und den Landesvorständen zur anstehenden Novellierung des Bundesbaugesetzes für eine rechtliche und institutionelle Verankerung gewerkschaftlicher Partizipation an der kommunalen Planung initiativ zu werden.

len lassen, das seine Ansprüche an das innerstädtische Verkehrsnetz darlegt¹²⁾). Die meisten Zielvorstellungen lassen sich im Generalverkehrsplan der Stadt Dortmund wiederfinden.

Wenn die Kommune trotzdem an einer Beteiligung des DGB an der Kommunalpolitik interessiert ist, so kommt diesem Interesse unter den gegebenen Umständen häufig der Charakter bloßer politischer Absicherung zu gegen mögliche spontane Proteste zu kommunalpolitischen Maßnahmen. Diese Legitimationsfunktion der informellen Beteiligung des DGB-Kreisvorstandes wird jedoch nicht unbedingt von gewerkschaftlicher Seite erkannt; so legte man beim DGB-Kreisvorstand in Bochum großen Wert auf die Mitarbeit in den parlamentarischen Ausschüssen und die informellen Kontakte. Dabei ist man sich offensichtlich nicht über die Abhängigkeit vom Verhalten des Rates und der Verwaltung einerseits und über die schwache Position gegenüber der IHK andererseits im klaren.

Die personelle und finanzielle Ausstattung des DGB bzw. der Einzelgewerkschaften auf Kreisebene ist für die Entwicklung präziser Anforderungen an die kommunale Planung nicht ausreichend. Für 162 000 Mitglieder im Kreis Dortmund stehen beim DGB zwei hauptamtliche Sekretäre zur Verfügung. Laut Auskunft beim DGB sind andere Kreisverwaltungen ähnlich schwach besetzt¹³⁾. Diesen beiden Sekretären obliegen unter anderem die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, die Rechtsvertretung und Koordinationsaufgaben. Wenn sie sich also noch um Fragen der Kommunalpolitik kümmern sollten, so nur unter „ferner liefen . . .“

Demgegenüber verfügt die IHK über eine weit größere Anzahl von Mitarbeitern, die für bestimmte Sachgebiete spezialisiert sind; z. B. ist allein die Berufsbildungsabteilung der IHK Dortmund mit 38 Personen ausgestattet.

Die Einzelgewerkschaften sind auf Kreisebene besser besetzt. Die IGM z. B. verfügt über 12 Fachsekretäre mit unterschiedlichen Ressorts. Diese Fachsekretäre nehmen jedoch die gleichen Aufgaben für die IGM wahr wie die beiden DGB-Sekretäre.

Wenn die Gewerkschaften dennoch im Rahmen der Kommunalpolitik aktiv werden wollen, sind sie auf eine intensive inner- und zwischengewerkschaftliche Kommunikation und Kooperation über den DGB als Dachverband angewiesen.

Zumindest kurzfristig könnten durch verstärkte Zusammenarbeit personelle Engpässe überbrückt werden. Die wichtigste Nahtstelle dürfte dabei zwischen der gewerkschaftlichen Basis, sprich den Ortsgruppen und den Kreisverwaltungen liegen, um Information aus dem politischen und Verwaltungsbereich zusammenzubringen mit denen aus der Lebenssituation der Mitglieder außerhalb des Betriebes. Hierzu ist zu erwähnen, daß lediglich die IGM mit 33 Stadtteilgruppen und die IGBE mit 136 Ortsgruppen über direkte Basisorganisationen außerhalb des Betriebes verfügen. Die historischen Gründe für ihre Existenz sind in der Homogenität ihrer Mitglieder, der starken Verbindung zwischen Arbeitsverhältnissen und Wohnsituation (durch Werkssiedlungen)- und in den Berufstraditionen zu suchen.

Zwischen den Ortsgruppen von IGM und IGBE besteht für Dortmund nur in den Gebieten eine kontinuierliche Zusammenarbeit, wo sich durch die Wohnsituation enge persönliche Kontakte gebildet haben; das ist in den Vororten Huckarde und Mengede

12) Vgl. IVV — Aachen, Verkehrsuntersuchung für die Hoesch-Hüttenwerke AG, Dortmund, Aachen 1971. 13) Früher hatte der Kreis Dortmund 10 DGB-Stellen, nach 1967 wurden sie aus finanziellen Gründen schrittweise reduziert.

der Fall. Hier werden gemeinsam Versammlungen abgehalten und Bildungsveranstaltungen (in Kooperation mit der Volkshochschule Dortmund) durchgeführt.

Auf Kreisebene gibt es zwischen der IGBE und der IGM keine direkte Kooperation, ganz zu schweigen von einer Zusammenarbeit mit anderen Einzelgewerkschaften, z. B. der ÖTV. Einzige institutionalisierte Kommunikationsmöglichkeit aller Gewerkschaften ist die Kreisdelegiertenversammlung. Sie ist oberstes Organ des DGB auf Kreisebene und stellt sowohl den Kontakt zwischen den örtlichen Einzelgewerkschaften als auch zwischen Kreis und Landesbezirk her. Sie tritt im Kreis Dortmund monatlich zusammen und behandelt neben Routineproblemen auch „Vorschläge, Stellungnahmen und Forderungen zu örtlichen, regionalen und landespolitischen Fragen, die Arbeitnehmerinteressen berühren“¹⁴).

In den Gesprächen wurde die Notwendigkeit deutlich, daß die Kreisdelegiertenversammlung zu einer Institution gemacht werden muß, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit aller Gewerkschaften in Fragen der Kommunalpolitik ermöglicht¹⁵). Ihr sollten Vertreter aus allen Arbeitsbereichen der Gewerkschaften innerhalb des Kreises angehören (also Betriebs- und Aufsichtsräte, Ortsgruppenmitglieder und DGB-Vertreter), um so möglichst breit die gewerkschaftlichen Interessen, vor allem auch die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer erfassen und durchsetzen zu können. Hier könnten auch die Kenntnisse vermittelt werden, die durch Beteiligung der Gewerkschaften im Rahmen der Regional- und der Landesplanung gewonnen werden; so sitzen im beschlußfassenden Organ des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk 17 Gewerkschaftsmitglieder¹⁶). Läßt sich das Konzept der regionalen Wirtschafts- und Sozialräte (RWSR) durchsetzen, in deren Aufgabenbereich regionale Strukturplanung und -politik gehören soll, wäre eine enge Kooperation des entsprechenden RWSR mit der modifizierten Kreisdelegiertenversammlung zu fordern.

Um das Problembewußtsein an der Basis zu stärken, muß sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit den Fragen der Kommunalpolitik auseinandersetzen.

Hier ist nach unseren Kenntnissen die Situation im DGB-Kreis Dortmund beispielhaft, wenn auch noch keineswegs befriedigend. Seit drei Jahren wird das Bildungsprogramm der Gewerkschaften in enger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule¹⁷) auch an diesen Bereich herangeführt, wobei die Seminare und Vorträge sich in Form und Ablauf an den Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer zu orientieren versuchen. Die Seminare werden hauptsächlich in den Stadtteilen mit überwiegender Arbeiterbevölkerung durchgeführt, ja sogar in die Betriebe hineingetragen. Im ersten Jahr war das Programm vornehmlich auf die Gewerkschaftsfunktionäre zugeschnitten, in der Erwartung, daß von ihnen eine Streuwirkung ausgeht. Nach Aufhebung dieser Einschränkung hat sich gezeigt, daß diese Veranstaltungen auch bei den anderen Gewerkschaftsmitgliedern auf starkes Interesse stoßen. Durchschnittlich sind die Veranstaltungen zu je einem Drittel von Mitgliedern der IGM und der IGBE besucht, das restliche Drittel setzt sich aus anderweitigen Interessenten zusammen. Konkrete Erfolge dieser Arbeit zeichnen

14) Satzung des DGB, § 12, Abs. 5 d).

15) Die Vorstellungen zur überbetrieblichen Mitbestimmung lassen diese Funktionserweiterung der Kreisdelegiertenversammlung sinnvoll erscheinen.

16) Es sind Bestrebungen vorhanden, den SVR und damit die Beteiligung der Gewerkschaften an der Beschlüßfassung zur Regionalplanung aufzulösen. Statt dessen sollen Bezirksplanungsrate bei den Regierungspräsidenten gebildet werden, in denen die Gewerkschaften nur noch beratende Funktionen haben.

17) Aus dem Programm für das 2. Semester '74: Dortmunder Gespräche '75 „Arbeiterbildung und politisches Bewußtsein“; Dortmund, Projekte — Probleme; Kommunalpolitik — als Gesellschaftspolitik; Stadtentwicklungsplanung; Übungen zur Bauleitplanung usw.

sich bereits ab: aus Arbeitsgruppen der VHS haben sich Initiativen in den Ortsgruppen gebildet, so zur Schaffung eines Altenbegegnungszentrums in Dortmund-Rahm und zur Lärmbekämpfung an der Autobahn Dortmund-West in Dortmund-Kirchlinde. Außerdem hat im Frühjahr 1974 eine Stadtteilgruppe der IGM in Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten eine Demonstration mit mehr als 1 000 Teilnehmern organisiert, gegen einen von der Stadt Dortmund verfügten Baustopp an einem Abenteuerspielplatz. Diese Aktion hat jetzt im Herbst mit der Fertigstellung des Spielplatzes zum Erfolg geführt.

Wissenschaftliche Betreuung der Gewerkschaften in der Kommunalpolitik

Es hat sich in den Gesprächen gezeigt, daß insbesondere Probleme der räumlichen Entwicklung in Kommune und Region für gewerkschaftliche Politik Neuland darstellen. Weder in ihren Zielvorstellungen noch in ihrer kapazitätsmäßigen und organisatorischen Ausrüstung genügen die Gewerkschaften den an sie herangetragenen Forderungen.

Zum Abschluß soll damit das Postulat nach verstärktem Engagement der Gewerkschaften auf Kreisebene mit dem Vorschlag ergänzt werden, wissenschaftliche Arbeit, die in der Regionalpolitik vielerorts unter ausdrücklichem Bezug auf die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gerichtet ist, in die praktische Arbeit der Gewerkschaften auf Kreisebene einzuschalten. Die Notwendigkeit dafür ist von den Gewerkschaftsfunktionären erkannt und hat zu einem Antrag des DGB-Kreisvorstandes Dortmund an die Landesbezirkskonferenz 1975 geführt¹⁸⁾, in dem für eine enge Kooperation zwischen Hochschulforschung und Gewerkschaftsarbeit plädiert wird; dies wird in Bremen und Oldenburg in Form von Kooperationsverträgen bereits modellhaft durchgeführt.

Diese Kooperation würde der bestehenden Überlastung der DGB-Kreisorganisation einige Abhilfe schaffen. Sowohl in der Einschaltung in die Basisarbeit wie in der Mithilfe bei der Erarbeitung von Konzepten zur Kommunalpolitik wäre sie mit Grundlage emanzipatorischer Praxis in der Regionalpolitik.

*Dieter Bülte/Walter Delarber,
Universität Dortmund*

18) Antrag des DGB-Kreisvorstandes Dortmund an die DGB-Landesbezirkskonferenz am 24. und 25. Januar 1975 in Siegen.